

Festrede

Jahresversammlung
der Hochschulrektorenkonferenz
20. April 2009

Professor Dr. Paul Nolte
Professor für Neuere Geschichte an der FU Berlin

- Es gilt das gesprochene Wort -

HRK Hochschulrektorenkonferenz

53175 Bonn, Ahrstraße 39
Telefon: 02228/887-0, Telefax: 0228/887-280
presse@hrk.de
www.hrk.de

Vortrag Jahresversammlung der HRK am 20. April 2009 in Aachen

Paul Nolte

Die Hochschulen – Motor wissenschaftlicher Entwicklung

[Anreden]

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Schavan,
Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Rüttgers,
Sehr geehrte Frau Präsidentin (Wintermantel),
Sehr geehrter Herr Rektor Schmachtenberg,
(...)
Meine sehr verehrten Damen und Herren,

I.

„Die Hochschulen: Motor wissenschaftlicher Entwicklung“ – so lautet das Thema der heutigen Veranstaltung. Besonders überraschend oder gar provozierend klingt das eigentlich nicht. Ein Unternehmertag würde die Unternehmen zu Motoren der wirtschaftlichen Entwicklung erklären, ein Kirchentag die Kirchen als wichtigen Ort der religiösen Kommunikation behaupten. Und nun also die Hochschulen: Sie behaupten, für Wissenschaft zuständig zu sein. Steckt hinter der dröhnenden Motoren-Metapher also in Wirklichkeit Bescheidenheit? Drückt sich darin gar aus, dass die Hochschulen mehr nicht fordern können, als das Selbstverständliche, dass sie also in die Defensive geraten sind?

Ich will sie nicht mit rhetorischen Schattenspielen mühsam unterhalten. Aber zwei Fragen liegen dann doch nahe – und es stellt sich heraus, dass die Antworten nicht ganz so leicht sind. Die Hochschulen als Motor der wissenschaftlichen Entwicklung: Ja, *was* denn sonst? Die Wissenschaft bezeichnet die Kernaufgabe, das eigentliche Hoheitsgebiet der Universitäten und anderen Hochschulen. Aber sie lassen sich nicht auf diesem Feld isolieren. Gerade von außen sind immer wieder Ansprüche an die Hochschulen herangetragen worden, denen zufolge sie Leistungen an anderen Stellen, oder für die Gesellschaft insgesamt erbringen müssten. Nicht selten werden in den letzten Jahren die Hochschulen zu Motoren der gesellschaftlichen Entwicklung im weitesten Sinne erklärt. Qualifizierung für eine rasch fortschreitende industrielle

Dienstleistungsgesellschaft – soziale Integration und Chancen in einer auseinander driftenden Gesellschaft – Antworten auf die absehbare demografische Verknappung – Anpassung an eine sich entgrenzende Welt, sei es in Europa oder in globalen Horizonten. Damit sind Stichworte aus den aktuellen politischen und öffentlichen Debatten genannt, die den Hochschulen die Brust schwellen lassen können. Selten in der Geschichte ist ihnen, ist überhaupt dem Bildungssystem so viel Gewicht, eine solche Schlüsselrolle für die Zukunft moderner Gesellschaft – die dann ja auch „Wissengesellschaft“ heißt – beigemessen worden wie im letzten Jahrzehnt. Aber das Angebot, viel mehr zu sein als nur Motor *wissenschaftlicher* Entwicklung, kann auch listig und vergiftet sein. Selten zuvor sind Bildung und Wissenschaft zu so umfassenden Projektionsflächen wirtschaftlicher, sozialer und moralischer Probleme gemacht worden. Wenn die Antwort auf wirtschaftlichen Wandel, auf soziale Desintegration oder auf das Gebärverhalten an den Universitäten gegeben werden soll, droht am Ende nicht nur eine Überforderung. Auch die Kernaufgabe der Hochschulen: Bestmögliche Wissenschaft in Lehre und Forschung zu betreiben um ihrer selbst willen, kann angesichts vielfacher und auf den ersten Blick schmeichelhafter Funktionalisierungsansprüche in Gefahr geraten.

Die scheinbar harmlose Frage „ja, was denn sonst?“ verweist also in der Tat auf denkbar grundsätzliche Herausforderungen. Ähnlich ist es mit der zweiten Rückfrage an das Motto dieses Nachmittags: Die Hochschulen als Motor wissenschaftlicher Entwicklung – ja, *wer* denn sonst? Damit sind vielleicht weniger die ganz großen Themen unserer gesellschaftlichen Auseinandersetzung angesprochen. Doch für die Hochschulen geht es um eine nicht minder bedeutsame Frage ihrer Positionierung in einem Feld konkurrierender Ansprüche und Angebote. Wissenschaft findet ja nicht nur an den Hochschulen statt. Die außeruniversitäre Forschung ist in Deutschland seit ziemlich genau hundert Jahren – nimmt man die Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft als wichtige Zäsur – ein maßgeblicher Player im Wissenschaftssystem. Das Gewicht der sie tragenden Institutionen und deren Attraktionskraft auf hervorragende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hat wohl, aufs ganze gesehen, in den vergangenen Jahrzehnten deutlich zugenommen. Können die Hochschulen noch Motor sein; können Sie dem Wagen der Wissenschaft noch Vortrieb geben, wenn sie ihre Kraft zuallererst an riesige Nebenverbraucher, nämlich eine Überlast in der Lehre, abgeben müssen, während davon befreite Institute als schnittige Sportwagen durch die Welt der internationalen Exzellenz brausen? Ein zweites kommt hinzu. Unübersehbar hat die politische Steuerung der Wissenschaft seit den 90er Jahren ein erheblich größeres Gewicht gewonnen, nicht zuletzt als Antwort auf die im „Ja, was denn sonst?“

aufgeworfenen weiteren gesellschaftlichen Probleme. Ministerien und Senatsbehörden entwickeln Programme – und locken mit Geld –, in denen, ehe man es sich versieht, auch Präferenzen für Forschungsthemen vorgegeben werden. Das hat unstrittig viel Gutes bewirkt. Aber es verleiht der scheinbar harmlosen Frage nach dem „Ja, wer denn sonst?“ aus der Sicht der Hochschulen eine zusätzliche Ambivalenz.

Meine Damen und Herren, diese Einleitung ist schon viel zu lang geworden, so dass ich jetzt endlich die Gelegenheit nutzen möchte, mich zu bedanken für die Einladung und für die Möglichkeit, aus diesem wichtigen Anlass: sechzig Jahre Hochschulrektorenkonferenz in der Bundesrepublik Deutschland, hier zu Ihnen sprechen zu dürfen. Wenn es um einen Rückblick auf einen solchen Zeitraum, um die Erinnerung an Anfänge und Gewesenes geht, dann fragt man wohl einen Historiker in der Hoffnung, dass er die Geschichte in Erinnerung rufe, auf dass man sich anschließend beim Empfang im Stolz auf das seitdem Erreichte zufrieden zuprosten könne. Sofern diese Erwartung besteht, will ich sie nicht ganz enttäuschen, obwohl auch hierzu schon vieles gesagt worden ist (und man mit der Anschaulichkeit eines Films, den wir schon gesehen haben, ohnehin schwer mithalten kann). Aber Sie werden auf warm erzählte Anekdoten aus der Anfangszeit, auf eine Chronologie der Jahresversammlungen und Präsidenten, verzichten müssen. Vielmehr will ich versuchen, die HRK und mit ihr Hochschulen und Wissenschaft in den weiteren Kontext von Akteuren und historischen Entwicklungen während der letzten sechs Jahrzehnte zu stellen. Meine Einleitung zielte ja schon darauf, diese Verflechtungen aktuell, aber auch in ihrer Herkunft und Veränderung hervortreten zu lassen. Die HRK ist nicht wichtig genug – aber auch: zu wichtig, um ihre Geschichte isoliert von anderem zu betrachten. Dass man dabei am Ende auch wieder in der Gegenwart, bei aktuellen Problemen und Herausforderungen für die Zukunft landet, versteht sich fast von selbst.

II.

Man kann ja fast froh sein, dass die Hochschulen noch einen Platz im Kalender gefunden haben, um an die Geschichte „ihrer“ Institution zu erinnern – sogar fast genau auf den Tag der Gründung der Westdeutschen Rektorenkonferenz morgen vor sechzig Jahren. Oder ruft das Umfeld der nicht mehr überschaubaren Feiern und Jubiläen in Erinnerung, dass dieses Datum in der Geschichte der Hochschulen nicht ganz zufällig nur wenige Wochen von der Verkündung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 trennen? In diesem „Super-Gedenkjahr“ 2009 jedenfalls erinnert alles an die Geschichte der Bundesrepublik, die vor sechzig Jahren ihren offiziellen Anfang nahm.

Bei allen, die diese Geschichte zu einem größeren Teil selber erlebt haben, verbinden sich damit auch persönliche Erinnerungen und ein Rückblick auf das eigene Leben. Diejenige Generation, die in der Gründungszeit geboren wurde: zwischen den späten 40er Jahren und der Mitte der 50er Jahre – trägt gegenwärtig den größten Teil der Verantwortung in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und wohl auch an den Hochschulen. Die persönliche Biografie verknüpft sich mit der kollektiven „Selbsterinnerung“ der Bundesrepublik, wie sie uns gegenwärtig nicht zuletzt in den Massenmedien, in Fernsehdokumentationen, in Büchern, in Reportagen und Spezialausgaben von Zeitungen und Magazinen immer wieder entgegentritt. Was wir sehen, wiederholt sich mit erstaunlicher Regelmäßigkeit. Es hat sich geradezu ein Kanon der Personen und Ereignisse, nicht zuletzt auch: der Bilder etabliert, in dem sich die letzten 60 Jahre und ihre Deutung paradigmatisch verdichten.

Sehen auch Sie in diesem Moment das charakteristische Antlitz Adenauers und einen rollenden VW-Käfer auf 50er-Jahre-Straßen, sehen Sie Rudi Dutschke die Faust recken und Willy Brandt in Warschau knien? Sehen Sie Bilder des Terrors in München 1972 und in Köln 1977; schließlich tanzende Menschen nachts auf der Berliner Mauer? Die Massenmedien tragen mehr als früher zur Fokussierung eines Geschichtsbildes bei, das auf die dramatischen Umbrüche und die großen Emotionen abhebt. Die Währungsreform und das westdeutsche Wirtschaftswunder, die 68er-Bewegung, die Krise der 70er Jahre und der Terrorismus der RAF, schließlich Mauerfall und Wiedervereinigung – das sind wesentliche Etappen der erinnerten Geschichte. Welche Rolle spielen dabei Bildung und Wissenschaft, spielen die Hochschulen? Der Studentenprotest der späten 60er Jahre at Eingang in diesen Kanon der Bilder und Ereignisse gefunden; er erinnert daran, wie eng Bildung und Wissenschaft mit der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung und mit der großen Politik verknüpft sein konnten. Doch der Rest ist eher unauffällig. Jeder ist zur Schule gegangen und immer mehr haben danach auch studiert. Schule und Hochschule, Lernen, Forschen und Wissen legen tragende Fundamente der Gesellschaft und bleiben doch überwiegend unsichtbar. Ihre Geschichte und ihre Verknüpfung mit den großen Ereignissen muss man sich bewusst in Erinnerung rufen.

Man kann sich diese Verknüpfung, was unseren heutigen Anlass betrifft, in einem Modell von drei ineinander liegenden Ringen oder Schalen vorstellen. Im Zentrum stehen (jedenfalls hier und heute!) die Hochschulen und ihre „Stimme“, die HRK, als Selbstverständigungs- und Interessenorgan. Sie ist Teil des Bildungs- und Wissenschaftssystems – das ist die zweite Ebene oder Schale. Man kann dann fragen,

welches Gewicht die Hochschulen unter sich wandelnden Umständen in der weiteren Landschaft der deutschen Wissenschaft der Nachkriegszeit gehabt haben; und welche Rolle die HRK in Pluralismus und Konkurrenz der Mitspieler in Wissenschaft und Wissenschaftspolitik jeweils spielen konnte. Haben die Hochschulen den Kurs bestimmt; wie haben sie an Interessenformierung und Weichenstellungen mitgewirkt? – Die dritte und äußere Ebene bezeichnet das, was Historiker gerne die „allgemeine Geschichte“ nennen. Wo hat sie sich, wie das 1968 unzweifelhaft der Fall war, mit der Geschichte von Wissenschaft und Hochschulen verflochten? Konnte die Wissenschaft der Geschichte der Bundesrepublik Impulse geben; oder „spiegeln“ sich in ihr zumindest die großen Linien der Veränderung?

Mindestens ebenso wahrscheinlich ist, dass die Entwicklung der Hochschulen ihrerseits unter dem Druck allgemeiner und äußerer Imperative stand. Ihre Verflechtung mit geistigen Klimata, mit dem „Zeitgeist“, ist nicht nur „1968“ unübersehbar, sondern auch in den ruhigeren Zeiten. Und ebenso zeigt eine schnelle Überlegung, wie eng der Nexus von Hochschulen und wirtschaftlicher Entwicklung bzw. den daraus abgeleiteten finanzpolitischen Handlungsspielräumen gewesen ist. Das mussten die Universitäten, aber auch andere Akteure der Wissenschaft, in den 70er und 80er Jahren schmerzhaft erfahren. Die „Autonomie“ der Hochschulen ist das wohl wichtigste Leitmotiv, unter dem die Arbeit der Rektorenkonferenz in sechs Jahrzehnten durchgängig gestanden hat. Sie darf aber nicht mit der Vorstellung verwechselt werden, die Hochschulen würden in einem abgeschotteten Sonderraum agieren; könnten sich freihalten von den „Störungen“ der Politik, des Zeitgeistes und kulturellen Klimas, der wirtschaftlichen Lage. So „einsam“ sind die Universitäten auch zu Humboldts oder Schelskys Zeiten nie gewesen.

Wenn die Geschichte der Hochschulen so ein Teil der Bildungs- und Wissenschaftsgeschichte, und damit wieder ein Teil der allgemeinen deutschen Geschichte ist: fügt sie sich dann auch in die grundlegenden Interpretationen, in die Deutungsmuster, in die „master narratives“ (wie man jetzt sagt) dieser größeren Geschichte ein? Über diese „Meistererzählung“ der deutschen Nachkriegsgeschichte ist in den letzten Jahrzehnten immer gestritten worden. Die DDR hatte ihre eigene, parteioffizielle Variante. Im Westen standen sich lange Zeit die Begriffe der „Restauration“ und des „Neubeginns“ gegenüber. War 1949 Altes wiederhergestellt, eine Chance verpasst worden? Oder bezeichneten die Jahre 1945 und 1949 den Neubeginn aus einer „Stunde Null“? Nach der Wiedervereinigung und auch im Vorfeld jener sechzig Jahre, die wir in diesen Tagen begehen, haben sich in Fachwissenschaft

und Öffentlichkeit Deutungen etabliert, die vereinfacht so gehen: Wir hatten einen schwierigen Weg, aber am Ende ist alles gut geworden. Deutschland ist den „langen Weg nach Westen“ zu Ende gegangen (Heinrich August Winkler); die alte Bundesrepublik hat „Liberalisierung als Lernprozess“ erfahren (Ulrich Herbert), und so stehen wir heute vor einer „geglückten Demokratie“ (Edgar Wolfrum).

Daran ist vieles plausibel und zumal im Kontext von Feierstunden erwähnenswert. Aber die Geschichte geht weiter, und ein flüchtiger Blick sei es auf die Finanz- und Wirtschaftskrise, sei es auf das Ringen um den Hochschulpakt II belehrt uns, dass wir nicht in einem glücklichen Endzustand angelangt sind. Mit anderen Worten: Ich erzähle Ihnen nicht, dass die Hochschulen, wie die Deutschen der Nachkriegszeit überhaupt, der Not entstiegen, erst dieses, dann jenes Problem gelöst haben; und wenn auch noch nicht alles perfekt ist, so kann es doch nur besser werden. Gerade jüngere Generationen werden die Geschichte der Bundesrepublik, davon bin ich überzeugt, zunehmend als eine Geschichte wechselnder Herausforderungen, Krisen und Krisenbewältigungsversuche lesen. Damit soll nicht gesagt sein, dass sich die Bundesrepublik oder ihre Hochschulen in jener Dauer- oder Strukturkrise befänden, die ein billig inflationierter Krisenbegriff einmal propagiert hat; sozusagen kurz vor dem Exitus. Aber eine simple Erfolgsgeschichte wäre zu billig. Sie unterschläge auch die Dynamik der Geschichte, die Anstrengungen der Akteure, die Niederlagen ebenso wie die Erfolge. Das gilt gerade auch mit dem Blick auf die Hochschulen und ihre Rektorenkonferenz.

III.

Zu keiner anderen Zeit, mit Ausnahme vielleicht der deutschen Wiedervereinigung 1990, stand die Geschichte aller Institutionen, aller Aspekte von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur überhaupt so unter dem Eindruck derselben Imperative wie in der Besatzungszeit nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches und der nationalsozialistischen Diktatur 1945. Das waren zunächst die Zwänge des unmittelbaren Überlebens, der Linderung von Not und Mangel, der notdürftigen Einrichtung in den Verhältnissen. So galt es auch, den Betrieb an den Universitäten irgendwie aufrechtzuerhalten oder so schnell wie möglich wieder in Gang zu setzen. Normalität und Neuanfang sollten auf diese Weise signalisiert werden; und ganz

praktisch: Bald strömten die jungen Männer in die Hörsäle, die in der Bildung eine Kompensation der Kriegserfahrung sahen.

Eine tiefe Ambivalenz kennzeichnet auch noch aus heutiger Sicht das Bewusstsein der Handelnden in dieser Situation. Einerseits erschreckt das Ausmaß an Kontinuität, das über die Zäsur von 1945 hinweg gewahrt werden konnte; und es verwundert der Gestus der Unkompliziertheit, mit der man die vergangenen zwölf Jahre, so als habe es sich um böse Geister gehandelt, loswerden zu können glaubte. „Die Teufel haben auf uns eingehauen und haben uns mitgerissen in eine Verwirrung, dass uns Sehen und Hören verging“, so formulierte das Karl Jaspers in seinem berühmt gewordenen Vortrag „Erneuerung der Universität“ im August 1945 in Heidelberg, stellvertretend für viele andere. Andererseits war schlagartig und grundsätzlich klar, dass es um nichts weniger gehen müsse als um eine „Erneuerung“, einen Neubeginn, der – noch einmal Jaspers – „kein einfaches Anknüpfen an den Zustand vor 1933 sein“ könne.

Wie die Universitäten, wie einzelne Disziplinen und Hochschullehrer mit diesem Spannungsverhältnis umgegangen sind, ist inzwischen breit erforscht und kann hier nicht einmal ansatzweise rekapituliert werden. Es dauerte Jahrzehnte, bis in vollem Umfang verstanden war, dass und wie sich die Wissenschaften auf weite Strecken zu einem Teil des Nationalsozialismus hatten machen lassen. Gleichzeitig stand der demokratische Neubeginn, anders als 1918, ganz außer Zweifel. Angestoßen durch die westlichen Alliierten, besonders die Briten und Amerikaner, konnten sich in teils verblüffendem Tempo Kontakte etablieren und institutionelle Formierungsprozesse in die Wege geleitet werden. Hier in der britischen Zone erklärten sich die zunächst informellen Rektorentreffen im Februar 1946 zur Nordwestdeutschen Hochschulkonferenz, die amerikanische Zone folgte am Ende des Jahres. Über manche Zwischenstufe ging daraus am 21. April 1949 in München eine erste Geschäftsordnung für eine „Westdeutsche Rektorenkonferenz“ hervor. Auch in diesem Bereich waren die Weichen längst auf ein Ausscheiden der Sowjetischen Zone, damit auf die Teilung gestellt.

Es war nicht nur der Geist der akademischen Mandarine, sondern auch die Erfahrung der Diktatur, aus der die Universitäten und ihre neue Vertretung in der WRK damals das Prinzip der Autonomie der Hochschulen ableiteten und gegen die staatlichen Instanzen, vor allem die auf Machtgewinn erpichten Länderkultusminister, zu verteidigen suchten. Etwas abgekürzt kann man sagen: Das gelang – aber die Rektorenkonferenz profitierte davon nicht unmittelbar selbst. Noch vor 1949 betätigten sich die Hochschulen als

Geburtshelfer in der Neugründung bis heute zentraler Institutionen der deutschen Wissenschaft, etwa der Studienstiftung des deutschen Volkes und, vor allem, der „Notgemeinschaft für die deutsche Wissenschaft“, aus der später die DFG wurde. Institutionellen Ehrgeiz, die wachsenden Herausforderungen des Wissenschaftssystems unter dem eigenen Dach anzugehen, konnten die Rektoren nicht entwickeln. Der internationale Austausch von Studenten und Wissenschaftlern fiel in die Zuständigkeit des DAAD, soziale Fragen der Studierenden bearbeitete später das Deutsche Studentenwerk. Angesichts der eigenen institutionellen Schwäche, als lose Folge von Rektorbesprechungen ohne einen schlagkräftigen Unterbau, und angesichts eines starken Föderalismus erlebte die WRK in der ersten Hälfte der 50er Jahre einen Bedeutungsschwund. Doch ist es müßig darüber zu spekulieren, ob eine straffere Organisation daran etwas hätte ändern können.

Die Zeit bis etwa 1955 kann man ohnehin als eine Phase der institutionellen Flüssigkeit bezeichnen. Erst danach bildete sich das charakteristische Feld der bundesrepublikanischen Wissenschaftspolitik in schärferen Zügen heraus und konzentrierte sich, räumlich und personell verdichtet, in Bonn bzw. Bad Godesberg. Diesmal war auch die Rektorenkonferenz mit von der Partie. 1953 hatte sie ein festes Sekretariat in Göttingen eingerichtet, drei Jahre später folgte der Umzug nach Bad Godesberg und 1962 der Einzug in ein eigenes Dienstgebäude; 1965 dann schließlich noch die Etablierung der Stiftung. Die Nähe zu Parlament und Regierung war auch deshalb notwendig geworden, weil der Bund selber zunehmend in Wissenschaft und Forschung mitspielen wollte. Die Gründung des Atomministeriums 1955, damit die Ausgliederung der Forschungspolitik aus dem Innenministerium, war dafür ebenso ein Signal wie die Gründung des Wissenschaftsrates im Jahre 1957. Das neue „Bonner System“ der Wissenschaftspolitik war durch Vielfalt und Pluralismus der Mitspieler, auch durch ihre scharfe Konkurrenz gekennzeichnet, zugleich aber durch die Durchlässigkeit für Karrieren.

Der erst im letzten Jahr verstorbene Hans Leussink ist dafür ein gutes Beispiel: Der Bauingenieur wurde als Rektor der TH Karlsruhe 1960 Präsident der WRK, wechselte in den Wissenschaftsrat, dessen Vorsitzender er 1965 bis 1969 war, und stieg von dort zum Bundesminister für Bildung und Wissenschaft im ersten Kabinett Brandt auf. Unter dem WRK-Präsidenten Leussink formierte sich 1961 auch die „Heilige Allianz“ der westdeutschen Wissenschaftspolitik, zunächst nur mit den drei Partnern WRK, DFG und Max-Planck-Gesellschaft, die damit ihr Auftreten gegenüber der Bonner Politik zu koordinieren versuchten. – Und noch ein charakteristisches Element des damaligen

„Bonner Systems“ prägte die Rektorenkonferenz in dieser Phase: Da die Präsidenten der jeweiligen Institution, sei es der Max-Planck-Gesellschaft, sei es der Alexander von Humboldt-Stiftung oder eben der WRK ihr Amt eher als ehrenamtliche Honoratioren führten, kam den Generalsekretären schnell eine herausgehobene operative Bedeutung zu. Was Friedrich Schneider für die MPG und Heinrich Pfeiffer für die AvH war, das war Jürgen Fischer, ein Schüler Hermann Heimpels, von 1954 bis 1980 als Generalsekretär der WRK. Seit die Präsidenten selber zu hauptamtlichen Wissenschaftsmanagern und Politikern geworden sind, sind die Generalsekretäre ein deutliches Stück in den Hintergrund getreten.

Eine Zeitlang konnte die Interessenvertretung der Hochschulen auch eine wichtige Rolle als Anregerin von Reformen spielen. Von der Hinterzartener Tagung im Jahre 1952 führt ein Weg nach Bad Honnef, drei Jahre später, wo in Zusammenarbeit von WRK und Kultusministerkonferenz die Studienfinanzierung nach dem „Honnefer Modell“ konzipiert wurde, die Vorläuferin des späteren Bafög. Frühzeitig auch wurden die Weichen nach Europa – damals noch: Westeuropa – gestellt; auch das war typisch für die Wissenschaftspolitik der Bundesrepublik in den 50er und 60er Jahren. Überhaupt betätigte sich die Wissenschaft damals, das wird oft verkannt, als ein Pionier der europäischen wirtschaftlichen und politischen Integration. Bonner Konsolidierung und europäische Einbindung waren zwei Seiten derselben Medaille. Auf der anderen Seite konnte die Rektorenkonferenz im Übergang von den 50ern in die 60er Jahre die Meinungsführerschaft auf dem Feld der Wissenschaftspolitik und Hochschulreform kaum noch gegen die politiknäheren Instanzen wie Wissenschaftsrat und KMK behaupten.

Zuerst fehlte, nachdem die unmittelbare Nachkriegsnot überwunden war, ein scharfes Bewusstsein für weitere Aufgaben. Hermann Heimpel erklärte 1955 die deutsche Hochschule, im Anschluss an entsprechende Formulierungen bei Carl Heinrich Becker und im „Blauen Gutachten“ von 1948, für „im Kern gesund“. Acht Jahre später waren die Probleme unübersehbar, aber nun war der Ton bisweilen larmoyant. Der damalige WRK-Präsident und Münchner Forstwirtschaftler Julius Speer jammerte, „dass die Gegenwart zumindest im Augenblick so düster erscheint, dass es schwer ist, überhaupt etwas klar zu sehen“. Er meinte damit Finanzstreitigkeiten und Föderalismus, die erkennbare Überfüllung der Hochschulen und die Verzögerung bei den Neugründungen. Die Rektoren taten sich nicht leicht mit dem veränderten Stil, der sich seit Beginn der 60er Jahre in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik durchsetzte. Öffentlichkeit und Massenmedien spielten eine größere Rolle; die Bildungsreformdebatte um Picht

und Dahrendorf eroberte die medialen Marktplätze. Dem Generalsekretär Fischer wurde 1966 von der „Zeit“ vorgehalten, die Probleme der Hochschulen für zu kompliziert zu halten, als dass Presse und Öffentlichkeit sie zu verstehen fähig wären – „wissenschaftspolitischer striptease“ liege, so Fischer, der WRK nicht.

Aber dennoch: In der Reform- und Expansionszeit der späten 60er und frühen 70er Jahre standen die Hochschulen nicht nur im Brennpunkt der politischen Agenda und der öffentlichen Aufmerksamkeit; die Rektorenkonferenz hatte auch ihren maßgeblichen Anteil daran. Die Stellungnahmen und Empfehlungen der WRK folgten nicht nur in immer kürzerem Abstand aufeinander; sie wurden auch so grundsätzlich wie die „Godesberger Rektoren-Erklärung“ vom 6. Januar 1968. „Die Zukunft der westdeutschen Universitäten hängt ab von den Entscheidungen, die sie jetzt selber treffen“: Dieser erste Satz deutete den Kurs an, den die Erklärung dann weiter ausbuchstabierte: Die Neuordnung der Hochschulen musste sich in erster Linie an dem Gedanken der Autonomie orientieren. Der Autonomie-Grundsatz als das gewissermaßen höchste Gut der Rektorenkonferenz wurde in eine doppelte Richtung vertreten: zum einen als Verteidigung der Freiheit von Forschung und Lehre und der rationalen Selbststeuerung überhaupt gegen die Ansprüche des radikalen Teils der Studentenbewegung, zum anderen aber auch als Forderung gegenüber dem Staat angesichts der zunehmenden bundesstaatlichen Kompetenzen, die dann in der Verfassungsreform von 1969 festgeschrieben wurden.

Über die innere Neuordnung der Universitäten gab es keinen Konsens; die Forderung nach der „Demokratisierung“ der Hochschule wurde kontrovers diskutiert. Während die einen mit der Berufung auf die Autonomie grundlegende innere Reformen abwehren wollten, wurde für Jürgen Habermas, der im Mai 1969 vor der Jahresversammlung der WRK in Hannover sprach, gerade andersherum ein Schuh daraus: „Unter gegenwärtigen Verhältnissen kann die Hochschule ihre Autonomie [gegenüber dem Staat; PN] nur wahren, wenn sie sich als eine politisch handlungsfähige [lies: im Innern demokratisierte; PN] Einheit konstituiert.“ Sofern sich im Streit ein gemeinsamer Grund ergab, lässt er sich vielleicht mit dem Begriff der „qualitativen“ und „funktionalen“ Demokratisierung umschreiben: Reformen, Mitbestimmung, Auflösung alter Hierarchien ja – aber immer gemessen an fachlichen Kompetenzen und sachlichen Funktionen der Beteiligten in der Universität. In einem denkbar breiten Konsens gingen die Rektoren dagegen das zweite große Thema, das der Expansion, an. Die WRK stand nie in Gefahr, sich als Club der etablierten Alt-Universitäten ins Abseits zu stellen; sie unterstützte die Neugründungen von Hochschulen, auch von Hochschulen neuen Typs wie zumal hier in

Nordrhein-Westfalen, ebenso, wie sie die Notwendigkeit der sozialen Öffnung und des breiteren Zugangs zu den Hochschulen früh erkannte und nachhaltig unterstützte. Die Aufnahme der Pädagogischen Hochschulen 1970, dann der Fachhochschulen und weiterer Hochschulen in die WRK 1974 hätte man sich wesentlich konfliktreicher ausmalen können.

Auf den ersten Blick scheint es so, als hätten sich die Wege der Hochschulen und der allgemeinen Geschichte wenig später wieder getrennt. Die Studentenbewegung war ziemlich schnell zerfallen, die Neugründungswelle lief aus, die bildungspolitischen Kontroversen verlagerten sich in den 70er Jahren eher auf die Schulen. In Wirklichkeit lief die Geschichte von Hochschulen und Wissenschaft einerseits, der „großen Trends“ der Bundesrepublik andererseits auch seit 1972/74 parallel, in einer Phase, die im Grunde bis 1989 andauerte. Für die Hochschulen wie für die Bundesrepublik insgesamt kann man von schwierigen Jahren, von Jahren der Defensive, zuletzt auch von einer Zeit verkannter Herausforderungen sprechen. Das gilt zunächst einmal für jene Zäsur, die mit der Wirtschaftskrise von 1973 und mit dem Regierungswechsel von Brandt zu Schmidt gekennzeichnet ist. Dieser Einschnitt erscheint Historikern in letzter Zeit viel tiefer als der von 1968. Nach einer langen Phase der Expansion musste gespart werden; Helmut Schmidts 1974er-Regierungsmotto „Kontinuität und Konzentration“ galt insofern auch für die Hochschulen, ja für die Wissenschaft insgesamt. Die Erschöpfung nach einer Phase der Hyperaktivität war aber nicht nur materiell, sondern auch mental spürbar.

Es mangelte nicht an Problemen und vorderhand nicht an ihrer Wahrnehmung, wie ein immer breiterer Strom von Stellungnahmen und Konzepten aus Plenum und Arbeitsgruppen auch der WRK unterstreicht. Aber es schienen nun nicht mehr grundsätzliche, sondern eher technische Probleme zu sein, die bewältigt werden mussten: Kapazitätsfragen und Zulassungsverfahren, der Numerus clausus, die von der WRK initiierte „Zentrale Registrierstelle für Studienbewerber“ und ihre Überführung in die Dortmunder ZVS. „Verschiebung der hochschulpolitischen Akzente von Struktur- auf Effizienzfragen, nicht zuletzt unter dem Druck der wirtschaftlichen Stagnation und ihrer Folgen für die öffentlichen Haushalte“, so hielt es der Arbeitsbericht der WRK schon Anfang 1976 stichwortartig als Trend der Jahre seit 1974 fest. Aus der Krise von damals lassen sich noch für die heutige Debatte zwei wichtige Lehren ziehen. Die erste: Die Verkürzung von Reform- und Strukturproblemen auf Effizienzfragen ist fatal. Ohne ein politisches und gesellschaftliches Leitbild der Universität und des Studiums darf über Effizienz nicht diskutiert werden. Daran darf man gelegentlich erinnern.

Die zweite Lehre ergibt sich aus der Beobachtung, dass aus heutiger Sicht ganz erhebliche historische Strukturveränderungen in den 70er und 80er Jahren zu lange als periphere oder transitorische Probleme gesehen worden sind. Auch das war ein Merkmal der Zeit und nicht nur der Hochschulpolitik – denken wir an die frühen, aber viel zu lange nicht ernst genommenen Hinweise auf den Zusammenhang von demografischer Entwicklung, öffentlicher Verschuldung und Sozialstaatsexpansion. Deren Pendant an der Universität war die beabsichtigte „Untertunnelung des Studentenberges“. Die Lehre also lautet: Denke nie, dass Probleme sich von selber erledigen. Nach meinem Eindruck sind wir hier in den letzten 15 Jahren besser geworden, auch wenn der besagte Berg noch nicht vom Tisch ist (um das Bild mal richtig verunglücken zu lassen). Frühe Warnungen hat es gleichwohl gegeben, auch aus der WRK. „Die Hochschulabsolventen sind in der Regel zwischen 26 und 27 Jahre alt“, kritisierte George Turner 1980 als Präsident. „Die Studiendauer beträgt durchschnittlich 6,5 Jahre. Es sollte daher angestrebt werden, dass früher als bisher ein erster berufsqualifizierender Abschluss möglich wird.“ Diese Diagnose musste man also nicht 1995 neu erfinden.

Tatsächlich wurde in den 90er Jahren alles anders, und das gleich zweimal. Was ist damit gemeint? Die erste Zäsur bildete, natürlich, der Mauerfall, die Auflösung der DDR, die Wiedervereinigung. In der Geschichte der Rektorenkonferenz bildete es einen ganz wichtiger Einschnitt, als schon Anfang November 1990 21 Hochschulen aus dem Gebiet der früheren DDR und Ost-Berlins aufgenommen wurden und damit der Namenswechsel in „Hochschulrektorenkonferenz“ erfolgte. Die Transformation des Wissenschaftssystems der DDR zu erörtern ist hier nicht der Platz. Sie bürdete manchen Menschen hohe Kosten auf, doch ihr Erfolg ist unbestreitbar, je mehr sich Erfolg und Attraktion der Hochschulen in den neuen Ländern steigern und der Ausbau von Wissenschaftsstädten wie Jena oder Dresden vorankommt. Das Stichwort von den „Motoren wissenschaftlicher Entwicklung“ gilt hier in besonderer Weise, weil die Hochschulen seit 1990 aus, mit der Auflösung der Akademie der Wissenschaften, aus ihrer politisch verordneten Zweitrangigkeit befreit worden sind. Diese Entscheidung des Primats für die Universitäten hat, so möchte ich behaupten, indirekt auch das Selbstbewusstsein der westdeutschen Hochschulen gestärkt.

Der Umbau in den neuen Ländern war noch im Gange, da wurde ein zweites Mal alles anders, und diesmal in viel umfassenderer Weise. Die lange Zeit verschleppte Krisen- und Strukturdebatte gewann nun auch für die westdeutschen Hochschulen plötzlich

rasant an Fahrt. Die Feststellungen, dass es nun nicht mehr so weitergehen könne, wurden unüberhörbar. 1991 „kündigten“ die Hochschulen den Öffnungsbeschluss von 1977; im selben Jahr wendete Dieter Simon, als Präsident des Wissenschaftsrates, die alte Formel von der im Kern gesunden deutschen Universität in sein harsches „im Kern verrottet“. Damit trat die Situation in den neuen Bundesländern, die Zäsur der Wiedervereinigung, die Aufgabe der Integration und Entwicklung der Hochschulen in Ostdeutschland erstaunlich schnell wieder in den Hintergrund oder wurde Teil einer größeren Aufgabe; es hat der sehr positiven Entwicklung der Universitäten in den neuen Ländern nicht geschadet. Man muss es eher anders herum sehen: Wenn Deutschland sich lange Zeit schwer getan hat, aus der Wiedervereinigung auch einen Veränderungsbedarf für den Westen abzuleiten – Stichworte „Reformstau“ und „Ruck“ –, dann sind die Hochschulen diesmal nicht der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung hinterhergehinkt. Hochschule und Wissenschaft haben vielmehr in den 90er Jahren eine Pionierrolle übernommen; in anderen Bereichen, etwa der Sozialstaatsreform, dauerte der Prozess erheblich länger.

Dabei ist auch die Rektorenkonferenz selber neue institutionelle Wege gegangen, so in der Gründung des „Centrums für Hochschulentwicklung“ gemeinsam mit der Bertelsmann-Stiftung im Jahre 1994. Über das CHE, aber auch unmittelbar und nicht zuletzt durch ihre Präsidenten hat sie seit der Mitte des vergangenen Jahrzehnts die Neuerfindung der Hochschulen in Deutschland maßgeblich beeinflusst. Von einer Neuerfindung zu sprechen scheint mir nicht übertrieben, wenn man auf die Überlagerung mehrerer grundlegender Prozesse blickt: die Einführung von Elementen der Differenzierung und des Wettbewerbs – von der HRK schon viel länger gefordert und zugleich unabdingbar mit dem Ziel der Autonomie der Hochschule verknüpft; die Einführung neuer, gestufter Studiengänge als Antwort auf die Überfüllung der Hochschulen, vor allem aber auf die grundlegende Veränderung in der sozialen Struktur der Studierenden, ihrer Motivation und Lebenssituation; schließlich die damit eng verknüpfte Internationalisierung in den Bemühungen um einen gemeinsamen europäischen Hochschulraum, also den „Bologna-Prozess“.

Diese Neuerfindung ist noch nicht abgeschlossen. Sie hat, wie wir alle wissen, erhebliche Kontroversen entzündet und schwere Vorwürfe aus ganz unterschiedlichen politischen Lagern, von Linken ebenso wie von Konservativen, auf sich gezogen. Den Hochschulen – Studierenden ebenso wie Lehrenden – ist in kurzer Zeit sehr viel abverlangt worden. Doch die Transformation, das steht inzwischen fest, ist irreversibel. Und sie hat die Hochschulen aus der Defensive geholt, hat ihnen die Initiative

zurückgegeben. Von „im Kern verrotteten“ deutschen Universitäten würde heute wohl niemand mehr sprechen. Im Kern gesund? Vielleicht auf dem Weg dorthin. Also am ehesten: in einer Metamorphose, einer Verpuppung begriffen, in einem Übergang des Aggregatzustandes (aber sicherlich nicht in der Verdunstung). Doch damit verlassen wir bereits die historische Analyse und treten in eine Bilanz der gegenwärtigen Situation ein.

IV.

Im knappen Durchgang durch sechs Jahrzehnte Geschichte der HRK, der Hochschulen und Wissenschaften in Deutschland und der allgemeinen Geschichte der Bundesrepublik hat sich immer wieder gezeigt, wie eng die Wechselwirkungen zwischen diesen drei Ebenen waren. Nicht nur in spektakulären Zeiten sind die Hochschulen Indikator und Faktor gesellschaftlicher Veränderung gewesen. Ihre Rolle als Motor der Wissenschaft haben sie nicht immer in gleichem Maße gerecht werden können. Zeitweise sind sie Antreiber gewesen, in anderen Phasen eher Getriebene. Dabei zeigt sich zugleich, über mehr als ein halbes Jahrhundert hinweg, eine bemerkenswerte Kontinuität zentraler Themen und Leitmotive. Das Eintreten für eine Autonomie der Hochschulen gehört ebenso dazu wie die Suche nach Antworten auf die veränderte lebensweltliche Situation der Studierenden. Diese lange Kontinuität der Probleme mahnt zur Vorsicht, zu einer gewissen Nüchternheit im Blick auf Gegenwart und Zukunft. Die Hochschulen stehen vor großen Herausforderungen – aber nicht erst seit gestern. Es geht um die Arbeit an neuen Chancen für Hochschulen und Wissenschaft – aber wir werden nicht so verblendet sein, eine goldene Ära des Wissens und der Wissenschaften ausgerechnet für die nächsten zehn Jahre zu erwarten. Karl Jaspers hat es 1945 so gesagt: „Wir werden nicht jubelnd vom ‚Aufbruch‘ reden, nicht noch einmal dem falschen Pathos verfallen, dass es nun gut und herrlich werde (...) Uns bleibt, unser Verhängnis schlicht auf uns zu nehmen, und dann zu tun, was noch möglich ist: harte Arbeit auf lange Sicht“.

Nun, ganz so staubtrocken muss unsere Perspektive heute nicht sein. Die seitdem vergangene Zeit lässt sich zweifellos als eine nicht nur für die Bundesrepublik, sondern auch für die Hochschulen erfolgreiche vergegenwärtigen. Dafür genügt es, sich die Institution Universität vor 60 Jahren und heute in Erinnerung zu rufen und sich klar zu machen, welchen gewaltigen gesellschaftlichen und kulturellen Wandel die Hochschulen seitdem mitvollziehen mussten. Und in komplexen Gesellschaften bemisst sich Erfolg ja nicht nur an triumphalen Siegen in der Schlacht, sondern oft genug an der

schlichten Tatsache des einigermaßen unauffälligen, reibungslosen Funktionierens. Das gilt für die Hochschulen ebenso wie für die Demokratie als Institution. Man muss sich nur die elementarsten Daten über die Zahl der Studierenden und die Studierquote eines Jahrgangs, über den dramatischen Anstieg und dramatischen Erfolg des Frauenstudiums seit 1949, aber auch die Vervielfachung der an den Universitäten tätigen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen vor Augen halten, um das Gewicht dieses Wandels zu ermessen. Dass zwei Millionen Studierende nicht mehr Träger einer exklusiven bildungsbürgerlichen Mentalität sein können, so wie es gerade mal hunderttausend bei Gründung der Bundesrepublik waren, dürfte dann nicht weiter überraschen. Wie wir mit dieser Mittelschicht im Wartestand umgehen und welche Lebens- und Studierhaltung wir von ihr erwarten können, ist freilich eine noch immer nicht geklärte Frage.

Damit bin ich, weil man sich bei selbstzufriedener Erfolgsbilanz auch an einem solchen Tag nicht zu lange aufhalten soll, bereits bei den Herausforderungen und Konfliktzonen. Ich will vier Punkte benennen.

Erstens: Kommunikation und Öffentlichkeit. Wenn Bildung wirklich so zukunftswichtig ist, wie sich alle hier im Saal versammelten einig sein dürften, dann muss es noch besser als bisher gelingen, die Hochschulen und das gesamte Politikfeld der Wissenschaft ins öffentliche Bewusstsein zu rufen. Die Finanzierung der Hochschulen ist mindestens ebenso wichtig wie die Abwrackprämie. Noch immer fehlt in Teilen der Gesellschaft die Selbstverständlichkeit der Erkenntnis, dass Hochschulen nicht irgendein abgegrenzter Sonderbereich sind, sondern dass sie im Zentrum dieser Gesellschaft stehen. Niemand wird mehr die vorhin erwähnte medienpolitische Zurückhaltung des Generalsekretärs Jürgen Fischer pflegen wollen, und vieles hat sich seitdem verändert – Hochschulen sind „Orte im Land der Ideen“. Und dennoch gilt: Sie sind als Orte unserer Gesellschaft zu wenig präsent; sie kommen in den Massenmedien, gerade im Fernsehen, viel zu wenig vor. Hier kann auch die HRK in Zukunft eine wichtigere Rolle spielen, wenn sie Positionen bündelt, wenn sie nicht nur reagiert, sondern agiert: Positionen und Visionen entwickelt, wenn sie mit Konzepten für die Wissensgesellschaft von sich reden macht.

Zweitens: Hochschulen und außeruniversitäre Wissenschaft. Es ist ein Gemeinplatz zu sagen, dass wir beides brauchen und dass beide voneinander profitieren sollen. Der Dualismus von Hochschulen und außeruniversitärer Forschung – die wiederum nicht nur fachlich, sondern auch in der institutionellen Verfasstheit ein breites Spektrum abdeckt

– ist ein Ergebnis der wissenschaftspolitischen Entwicklung in Deutschland während der letzten hundert Jahre und zuallererst eine Stärke der deutschen Wissenschaftslandschaft auch im internationalen Vergleich. Aber man muss auch sehen, dass sich über viele Jahrzehnte die Gewichte zu Lasten der Hochschulen verschoben haben. Wenn Professoren, unter der Last der Lehre ächzend, der Forschungszeit beraubt, nur darauf warten, dem System Universität im nächsten Karriereschritt entkommen zu können, dann ist etwas faul im Staate Deutschland. Es sollte die Aufgabe der Hochschulen sein, nicht nur im eigenen Interesse klarzustellen, dass sie die „erste Geige“ im Konzert der Wissenschaften spielen und spielen müssen. Die Exzellenz-Initiative ist ein wichtiger Ansatz, weil sie deutlich macht, dass hervorragende Forschung an den Universitäten möglich ist und dort auch Freiräume erhält. Das heißt nicht, dass gute Forschung nur an „Exzellenz-Unis“, geschweige denn nur im Rahmen von „Clustern“ betrieben würde. Herr Ministerpräsident (Rüttgers), man liest, Sie hätten vor langer Zeit einmal Humboldt für tot erklärt. Das ist richtig, was das alte Ideal des bildungsbürgerlichen Studierens angeht – und das haben Sie, glaube ich, gemeint. Die schleichende Auflösung der Einheit von Forschung und Lehre dagegen kann nicht das Ziel sein.

Drittens: Die Reform der Studienwirklichkeit. Ich sprach davon, dass Effizienz ohne eine klare gesellschaftspolitische Zielvorstellung sich gefährlich verselbständigen kann. Ein Bereich, in dem die Klarheit der Ziele lange, über viele Jahrzehnte gefehlt hat und nach meinem Eindruck noch immer zu kurz kommt, ist der Zusammenhang von Studienrealität und studentischer Lebenswelt. Im Durchgang durch die letzten sechs Jahrzehnte fällt auf, wie sehr die Probleme die gleichen geblieben sind. Hermann Heimpel forderte 1955 eine „nähere Heranführung der Hochschulen an die Lebenswirklichkeit“, und Max Horkheimer, damals Frankfurter Rektor, hatte schon drei Jahre zuvor vor der WRK in Kiel ausgeführt: „Je mehr die Basis ökonomischer Unabhängigkeit für unsere Studenten schwindet, je mehr sie ihre Studienzeit auf zu erreichende praktische Ziele abstellen, ja sie womöglich durch eigene Arbeit als Werkstudenten finanzieren müssen, um so mehr schwindet auch die reale Basis jenes autonomen Denkens, die wir gewohnt sind, mit dem wissenschaftlichen Geiste gleichzusetzen. Wer nicht die Muße hat, ohne auf sein Fortkommen zu schauen, zu lernen und zu denken, dem muss das Wort Autonomie oft wie Hohn klingen.“

Der Bologna-Prozess hat diesen Kontext bisher viel zu wenig berücksichtigt; dabei haben die gestuften Studiengänge das Problem verschärft, zumindest deutlicher sichtbar gemacht. Daraus müssen Konsequenzen gezogen werden: entweder, indem ein erheblicher Teil der Studierenden explizit in eigene Teilzeitstudiengänge überführt wird

– oder indem neue Ressourcen der Studienfinanzierung mobilisiert werden. Die Debatte über neue Stipendienmodelle ist zehn Jahre lang verschlafen worden; vielleicht bedarf es eines „großen Schnittes“ wie damals beim „Honnefer Modell“. Zumindest entsteht in letzter Zeit Bewegung, wie etwa das zum kommenden Wintersemester beginnende neue Stipendienmodell unseres heutigen Gastgeberlandes Nordrhein-Westfalen beweist. Auch die Gemeinsame Wissenschaftliche Kommission berät ja aktuell darüber.

Schließlich viertens: Die Autonomie der Hochschulen und die staatliche Steuerung.

Autonomie konnte, der historische Rückblick zeigt es, zu verschiedenen Zeiten auch ganz Unterschiedliches bedeuten. Heute beanspruchen die Hochschulen kein exklusives, mit Bildungsdünkel bewehrtes Sonderreservat in einer pluralistischen Gesellschaft mehr für sich. Sie sind, wie wir gesehen haben, in die allgemeinen Zeitläufte engstens verflochten und Teil eines Hauptstroms von Kultur und Gesellschaft geworden. Beim Betreten ihrer „heiligen Hallen“ beschleicht einen keine Ehrfurcht mehr. Und es ist gut, dass die Politik die Bedeutung von Bildung, Wissenschaft und Forschung wieder mehr anerkennt als früher. Daraus kann aber nicht abgeleitet werden, dass die Hochschulen zu einem Normalfall staatlicher Steuerung werden sollten. Vor mehr als vier Jahrzehnten wies Helmut Schelsky darauf hin, dass der „technische Staat“ in der Wissenschaft immer mehr ein politisches Macht- und ökonomisches Produktionsmittel sehe und ihr gegenüber seine Interessen durchzusetzen versuche.

Inzwischen sind neue Motive hinzugekommen; in den letzten zehn Jahren auch solche der gesellschaftspolitischen Steuerung und sozialpolitischen Intervention. Wenn man für die Hochschulen kein Sonderreservat beansprucht, muss man diese Ansprüche ernst nehmen. Man darf aber auch daran erinnern, dass die Selbststeuerung der Hochschulen nicht im Gegensatz zu diesen Zielen steht. Mit anderen Worten: In der Autonomie sind kreative Leistungen am besten möglich; läuft der Motor für Wissenschaft *und* Gesellschaft am besten warm. Oder noch konkreter: Die Hochschulen brauchen eine gesicherte Finanzierung; die Investitionspräferenzen aber müssen im Wissenschaftssystem selber gesetzt werden. Die Haushalte der Universitäten dürfen nicht zu einer Verrechnungsstelle für erbrachte Ausbildungsleistungen verkommen.

Meine Damen und Herren, ich bin jetzt ganz schnell am Schluss. Wenn die Hochschulen an diesen Stellen ein Stück weiterkommen, tun sie nicht nur sich selbst etwas Gutes. Sie zeigen dann auch, dass sie aus sechs zugleich erfolgreichen und wechselvollen Jahrzehnten ihrer eigenen Geschichte gelernt haben. Dann dürfte es nicht so schwer

fallen, die Frage nach dem Motor der wissenschaftlichen Entwicklung zu beantworten:
Ja, was denn sonst? Ja, wer denn sonst?

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.